

tert. Die Verteidigung der Arbeiterklasse um die Erhaltung des gegenwärtigen Standards macht es notwendig, die gewerkschaftlich organisierte Kraft des Proletariats fest zusammenzufassen. Das kann nicht geschehen in lokalen, kleinen, voneinander abgesplitterten föderalistischen Organisationen, sondern nur durch die Schaffung großer, zentraler Produktionsorganisationen. Die Verteidigung ist nur möglich im schroffsten Kampf gegen das Kapital, wenn man dem Kampf nicht ausweicht. Wir dürfen nicht in der Verteidigung bleiben, sondern müssen zum Angriff gegen den Kapitalismus übergehen. Wir können diesen Kampf, der derselbe Kampf ist, den die Kommunistische Internationale führt, nicht losgelöst von ihr führen, sondern nur Schulter an Schulter, mit ihr im Verein. Daraus gilt es die Lehren zu ziehen. Daraus werden wir Kommunisten die Lehren ziehen, wie wir schon die Lehren aus dem II. Weltkongreß gezogen haben.

Ich schließe, indem ich sage: Aufgabe der Kommunisten ist es, in diesen großen Kampf der Gewerkschaften einzutreten, um sie zu Klassenkampforganisationen zu machen, überall und überall diese Kraft zu zentralisieren und anzuspornen, damit der Kampf siegreich geführt werden kann. Wo nur die Genossen in einer Organisation beieinander sind, müssen sie eine Zelle bilden, um in diesen Organisationen unsere Gedanken zu verbreiten, damit es möglich ist, den Feind in engster Verbindung mit der Kommunistischen Internationale zu schlagen.

*Aus der Rede auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau (22. Juni bis 12. Juli 1921)*

*In: Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau 22. Juni bis 1. Juli 1921), Verlag der Kommunistischen Internationale, Auslieferungsstelle für Deutschland: Carl Hoym Nachf. Louis Cannbley, Hamburg 1921, S. 692-694, 695-696 und 704-706*

### *Der Kampf der revolutionären Minderheiten in den Gewerkschaften*

In dem Kampf um die Eroberung des Einflusses auf die gewerkschaftlich organisierten Massen stoßen die revolutionären Gewerkschafter auf einen ständig wachsenden Widerstand der alten reformistischen Führer. Solange die Opposition noch schwach und unorganisiert ist, hat die arbeitgemeinschaftlich organisierte Führerschaft kein großes Interesse an der Entfernung der Opposition aus den Verbänden. Eine schwache Opposition trägt sogar oft zur Festigung der Stellung der alten Führer bei. In dem Maße aber, wie sich die Opposition organisiert und ihr Einfluß auf die Masse wächst, wird sie eine Gefahr für die alten Führer, und diese nehmen einen rücksichtslosen Kampf gegen sie auf. Diese Aktion der arbeitgemeinschaftlichen Führer gegen die revolutionären Elemente hat zwei Quellen. Eine entspringt der Furcht, durch die Opposition von den Plätzen an der Spitze der Arbeiterbewegung entfernt zu werden, die zweite hat ihren Ursprung in dem Druck, den das Unternehmertum auf die Gewerkschaftsbürokratie ausübt. Dieses kann an der Arbeitsgemeinschaft nur ein Interesse haben, wenn diese Sicherheit gewährt vor Angriffs- oder Abwehraktionen der Arbeiter. Je mehr sich aber innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft das Elend der Arbeiter steigert, um so rebellischer wird die Masse. Die Opposition gewinnt mit der wachsenden Einsicht der Arbeiter in die Gründe ihres Elends, sie gewinnt Einfluß auf die Arbeiter und wird damit gefährlich für die gesamte arbeitgemeinschaftliche Politik.

Der Kampf der Gewerkschaftsbürokratie gegen die Opposition ist zuerst ein ideologischer. Bald stellt sich aber heraus, daß sie in diesem Kampfe den kürzeren ziehen muß. Darum benutzt sie organisatorische Mittel, um die Opposition mundtot zu machen. Man verbietet derselben das Zusammenkommen, um ihr gemeinschaftliches Auftreten zu verhindern, man hindert die Opposition, in den Versammlungen zu den Mitgliedern zu sprechen, man schließt sie

von der Ausübung von Funktionen in der Gewerkschaft aus, entfernt erst einzelne Köpfe der Opposition aus den Verbänden, [1] wirft später ganze Gruppen aus diesen hinaus und schreckt zuletzt nicht zurück vor der Spaltung bzw. Zertrümmerung der Organisation. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie hält die Spaltung der Gewerkschaften als die ultima ratio [letztes Mittel] zur Rettung ihrer Macht. Je nach der Art der Mittel und dem Grade, in dem die Gewerkschaftsbürokratie sie zur Bekämpfung der Opposition anwendet, kann man den Einfluß der Opposition auf die Arbeiterbewegung ermessen. Die Anwendung schwacher Mittel bedeutet in der Regel geringen Einfluß der Opposition, die Spaltung der Gewerkschaften durch die Amsterdamer [2] das Eintreten des Zeitpunktes, wo die Opposition die Mehrheit der Organisierten erobert hat.

Natürlich kann ein kluges oder ein törichtes Auftreten der Opposition dem Gegner mehr oder minder Gelegenheit geben, seine Methoden anzuwenden, diese Methoden zu modifizieren. Oft wird die Bürokratie in ihrer Bekämpfung der Opposition auf das beste unterstützt durch die Bourgeoisie. Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise [3] gibt dazu treffliche Gelegenheiten. Man versucht, die oppositionellen Arbeiter wirtschaftlich zu schädigen, indem man sie auf Arbeitsplätze schiebt, in denen sie schlechte Bedingungen vorfinden, oder indem man sie ganz arbeitslos macht. Allgemein beliebt ist die Methode, diese Arbeitslosen als Faulenzer, putschistische Elemente, als Lumpenproletarier hinzustellen. Der Zweck ist klar. Die durch ihre wirtschaftliche Not rebellisch

[1] Im Januar 1921 wird Fritz Heckert selbst von der Gewerkschaftsbürokratie aus dem Deutschen Bauarbeiter-Verband ausgeschlossen.

[2] Damals gebräuchliche Bezeichnung für den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), die reformistisch geführte Gewerkschaftsinternationale, die ihren Sitz in Amsterdam hatte.

[3] Zu dieser Zeit herrschte in Deutschland bereits die Inflation als Auswirkung einer Weltwirtschaftskrise, die von 1920 bis 1922 andauerte.

gewordenen Arbeiter sollen von den in Arbeit stehenden Klassen-genossen getrennt werden. Man spielt die Arbeitenden gegen die Arbeitslosen aus, um einen gemeinsamen Kampf beider Gruppen gegen die Kapitalisten und den Staat zu verhindern. Die Führer der Arbeitslosen werden denunziert, damit man sie als Aufrührer und Anstifter von Ungesetzlichkeiten in den Gefängnissen isolieren kann.

In ähnlicher Weise verfährt man mit den oppositionellen Gruppen in den Werkstätten. Lohnverhandlungen werden von den Bürokraten hinter dem Rücken der Arbeiter zum Abschluß gebracht. Mit allen Mitteln verhindert man Lohnstreiks. Nicht alle Arbeiter werden durch die allgemeine Not revolutioniert. Viele schwächliche und ängstliche Arbeiter werden gänzlich widerstandsunfähig. Durch die Unterstützung dieser schwächlichen und feigen Elemente, indem man diese schlechten Eigenschaften fördert, versucht man den Ausbruch von Streiks zu verhindern. Wo trotz aller dieser Hindernisse die reformistischen Bürokraten den Abwehrkampf der Arbeiter nicht sabotieren können, bezeichnet man die ausbrechenden Streiks als wilde. Wilde Streiks unterstützt man nicht. Man treibt sie bewußt zur Niederlage. Die Gewerkschaftsführerschaft organisiert den Streikbruch, droht denen, die sich ihrem Gebot nicht fügen und mit den Arbeitern Solidarität üben, mit dem Ausschluß aus der Organisation. Gelingt es trotzdem, einen wilden Streik siegreich zu beenden, dann scheuen die Bürokraten keine Verleumdung, um diese Bewegung zu verunglimpfen. Die Folgen eines wider den Willen der Bürokratie gewonnenen Streiks sind auch für die Bürokratie außerordentlich gefährlich. Sie zerstören rasch ihren Einfluß auf die Arbeiter.

Alle diese Maßnahmen der Reformisten erzeugen in den breiten Arbeiterschichten riesige Erbitterung. Zu Hunderttausenden haben die Arbeiter vieler Länder die Gewerkschaften wegen der Verrätereien ihrer Führer verlassen. Der Indifferentismus hat ein gefährliches Ausmaß angenommen, ein solches Ausmaß, daß er auch eine Gefahr für die Reformisten geworden ist. Auf indiffe-

rente Arbeiter, besonders auf die durch schlechte Gewerkschaftspraxis indifferent gewordenen, hat die Gewerkschaftsbürokratie keinen Einfluß mehr. Das Sinken der Mitgliederziffern bringt der Bürokratie schwere Verluste. Sie verliert eine große Anzahl guter Posten in den Gewerkschaften. Und die Bourgeoisie ist weniger bereit, ihr Plätze im Staatsapparat zu überlassen. Dieser für sie unangenehme Umstand hat sie im Laufe der Zeit raffinierter gemacht. Sie wendet nicht mehr gern offen die brutalsten Mittel zur Erreichung ihrer Zwecke an. Hintenherum sucht sie zu erreichen, was sie auf geradem Weg nur unter großen Opfern erlangen könnte. Ihr bestes und den meisten Erfolg versprechendes Mittel ist die Provokation der Oppositionellen.

Durch allerhand Kniffe versucht sie führende Oppositionelle zu Unbedachtsamkeiten zu verleiten, um die „Störenfriede“ auf dem kalten Wege des Verstoßes gegen Paragraphen des Verbandsstatutes zu erledigen. Tausende unserer Genossen sind schon in diese Schlinge geraten. Gelingt es nicht, einzelne Oppositionsführer loszuwerden, so sucht man sie mit einer ganzen Gruppe zu erledigen. Manches Mittel gibt es dazu. Sind Oppositionsgruppen in einen wilden Streik getreten und verlieren sie diesen, so ist es der Bürokratie leicht, diese in den Augen der Masse bloßzustellen, sie als Schädlinge zu stempeln. Der Hinauswurf aus dem Verband glückt dann ohne große Widerstände. Hat die Opposition die örtliche Leitung auf Grund des Vertrauens der Masse zu ihr erobert, so bestätigt man die Gewählten nicht und hofft, bei der Opposition eine Erregung zu erzeugen, in der sie einen Verstoß gegen das Statut begeht, auf Grund dessen man sie beseitigen kann. Auch sonst gibt es noch viele Möglichkeiten, einzelne oder oppositionelle Gruppen zum Austritt aus den Verbänden zu verleiten. Die Praxis der Gewerkschaftsbürokratie unterstützt und fördert die Tätigkeit von Sonderlingen in der Arbeiterbewegung, die durch neue Organisationsgründung oder Erfindung neuer Organisationsformen die Arbeiter erlösen wollen. Ihre Experimente tragen in der Regel den Keim des Verfalls schon bei der Gründung in sich. Verfehlte

Gründungen sind aber wieder ein Mittel, die Opposition verächtlich zu machen oder sie als Verbrecher an der Arbeiterbewegung hinzustellen. Ein bei der Bürokratie besonders beliebtes und oft Erfolg versprechendes Mittel ist, kleine, aus der allgemeinen Arbeiterbewegung ausgestoßene Gruppen zu Streiks zu veranlassen, die sie unter den objektiven Umständen verlieren müssen. Die Niederlage dient dann wiederum als Argument zur Fortsetzung der arbeitgemeinschaftlichen Politik.

Aus dem Geschilderten, für das es in allen Ländern genügende Beispiele gibt, so daß man ihre Aufzählung sich hier sparen kann, folgert, daß die revolutionären, oppositionellen Gewerkschafter nicht unklug und töricht handeln dürfen. Alle Schritte sind reiflich zu überlegen, bevor sie gegangen werden. Je besser wir lernen, den Fallstricken unserer Gegner auszuweichen, um so eher werden sich diese Füchse in ihren eigenen Schlingen fangen. Wir müssen eine gute Praxis zur Bekämpfung der reformistischen Bürokratie in den Verbänden herausbilden. Wir müssen uns alle Erfahrungen aus unseren bisherigen Kämpfen gegen die Amsterdamer zunutze machen.

Erste Bedingung für einen erfolgreichen Kampf ist die Bildung von Fraktionen. [4] Sie müssen zuerst nur aus ganz zuverlässigen

[4] In der Praxis der deutschen Arbeiterbewegung nach dem ersten Weltkrieg war die Bildung von Fraktionen der Arbeiterparteien zur Durchsetzung ihrer Politik in den Gewerkschaften üblich. So gab es Anfang der zwanziger Jahre in den freien Gewerkschaften und auch in den Betriebsräten Zusammenfassungen von Mitgliedern der SPD beziehungsweise USPD in den Gewerkschaften als Fraktionen. Die KPD bemühte sich zur Durchsetzung der Arbeiterpolitik in den Gewerkschaften und zur Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit auf den Positionen des Klassenkampfes, ihren Einfluß in den Gewerkschaften zu verstärken. Die Zusammenfassung der kommunistischen Gewerkschafter in kommunistischen Fraktionen diente diesem Ziel und sollte gleichzeitig einen Kern für die Zusammenfassung aller gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik der Gewerkschaftsbürokratie opponierenden, klassenbewußten Gewerkschafter bilden.

Genossen bestehen. Entsprechend der Vertiefung und der Befestigung unseres Einflusses müssen sie erweitert werden. Diese Fraktionen können am Anfang ihrer Bildung und ihrer Tätigkeit nicht sofort mit großem Tamtam auftreten. Sie müssen vorsichtig zu Werke gehen. Erst mit dem Wachsen unseres fraktionellen Apparates, mit der Verankerung unseres Einflusses in den Massen kommt die Möglichkeit immer festeren und offeneren Auftretens. Die Fraktionen müssen sich ihre Anerkennung erkämpfen durch die Befestigung ihres Einflusses in der Masse. Kleine Fraktionen, die noch nicht in der Masse verwurzelt sind, können von der Bürokratie leicht aus den Verbänden entfernt werden, wenn sie ungeschickt auftreten. Um ein Beispiel zu nennen: In Deutschland ist es erst auf dem Gewerkschaftskongress in Leipzig, Juni 1922, gelungen, die faktische Anerkennung der revolutionären Fraktionen zu erreichen. Zwei Jahre opfervoller, erbitterter und planmäßiger Kämpfe waren dazu notwendig, um ungefähr ein Drittel der gesamten acht Millionen zählenden Mitglieder an die Seite der Opposition zu bringen. Doch auch mit diesem großen Anhang hat die Opposition noch kein gewonnenes Spiel. Nur in wenigen Verbänden bestätigt man kommunistische Vertrauensleute, und in vielen Organisationen ist die Hinauswurfpraxis gegen die oppositionellen Gewerkschafter noch gang und gäbe. So sind allein im Laufe von 1½ Jahren vom Deutschen Bauarbeiterverband 22 000 oppositionelle Genossen ausgeschlossen worden.

Die Opfer unseres Kampfes um die Eroberung der Gewerkschaften dürfen wir nicht im Stiche lassen. Sie müssen wieder zusammengefaßt werden. Das ist notwendig erstens, um sie in allen eintretenden Fällen gegen wirtschaftliche Bedrohung stützen zu können. (Wenn man die Ausgeschlossenen im Stiche läßt, werden sich keine neuen Kämpfer für unsere Sache in den Verbänden finden.) Zweitens aber ist die Zusammenfassung der Ausgeschlossenen noch mehr notwendig, um gemeinsam mit ihnen den Kampf für die Wiedervereinigung mit ihren Berufsgenossen in einem Verband zu führen. Wie gut eine solche Politik möglich ist,

ja sich als nützlich und notwendig erweist, zeigt die Geschichte des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter in Deutschland (Chemnitzer Richtung). [5] Die in dieser Organisation zusammengeschlossenen Genossen haben nicht nur verstanden, vom Unternehmertum bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, allen Ränken der Amsterdamer zu entgehen, sie haben sich auch so gut mit ihren Kollegen in der alten Organisation verbunden, daß ihr Einfluß auf die ganze deutsche Bauarbeiterbewegung von Woche zu Woche wächst. Das rabiante, oft ganz kopflose Auftreten der Führer um Fritz Paeplow beweist das mit aller Deutlichkeit. [6]

Die von den Bauarbeitern mit gutem Erfolg angewendete Taktik kann aber schematisch nicht in jeder Industriegruppe angewendet werden. Man muß sich überhaupt hüten, unsere Taktik schematisieren zu wollen. Es gilt, alle Umstände zu prüfen, ehe die Opposition einen organisatorischen Schritt tut. Das Beispiel der Bauarbeiter wäre wahrscheinlich bei den Eisenbahnern viel schwerer durchführbar. Hier steht den Arbeitern ein Unternehmen für den ganzen Staat gegenüber. Kleine Teilaktionen sind von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Staatsgewalt läßt sich besonders leicht gegen die Abgesplitterten anwenden. Man kann diese sehr schnell aus dem Arbeitsverhältnis drängen, besonders wenn die Reformisten dabei helfen, wie wir das in vielen Fällen erlebt haben. Ein ernster Kampf mit den Reformisten in ähnlichen Industrien wie die Eisenbahn bietet nur Aussicht auf Erfolg bei allgemeinen Bewegungen dieser Arbeitergruppen gegen ihre Unternehmer. Von der Entfaltung der Aktivität der Fraktionen hängt

[5] Der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter wurde zusammen mit anderen revolutionären Gewerkschaftsverbänden im Jahre 1925 entsprechend den Beschlüssen der RGI, der sie angeschlossen waren, aufgelöst. Ihre Mitglieder wurden in den freigewerkschaftlichen Bauarbeiterverband übernommen.

[6] Fritz Paeplow – reformistischer Gewerkschaftsführer. Von 1913 bis 1927 Vorsitzender des freigewerkschaftlichen Bauarbeiterverbandes und Mitglied des Bundesvorstandes des ADGB.

es aber auf alle Fälle ab, mit welchem Erfolge die Amsterdamer gegen die Opposition vorgehen können.

In Deutschland haben die oppositionellen Fraktionen in fast allen Wirtschaftskämpfen des letzten Jahres sich so eng an der Seite der Masse befunden, daß es der Bürokratie nicht möglich war, sie zu isolieren und sie zu zertrümmern. Immer mehr anerkennt die gewerkschaftlich organisierte Masse die Arbeit und den Rat der Fraktionen. Dieses innige Verbundensein der Opposition mit der Masse hat auch wesentlich dazu beigetragen, daß die Gewerkschaften in Deutschland trotz der Frechheiten und Verrätereien der Amsterdamer keinen so großen Mitgliederschwund haben wie in anderen Ländern.

Da der ganze Verwaltungsapparat in den Händen der alten Bürokratie ausgenützt wird, muß man versuchen, diese Machtpositionen zu schwächen. Das geschieht am besten durch die Mobilisierung der Arbeiter in den Werkstätten. Auch hier müssen revolutionäre Fraktionen gebildet werden. Bei dieser Arbeit können uns die Betriebsräte als die Vertrauensleute der Arbeitenden größten Nutzen leisten. Ihre Erfassung schafft uns eine Basis zur Beeinflussung der gesamten Gewerkschaftsbewegung, schafft uns die Möglichkeit der Bildung von Sturmpositionen in den Werkstätten gegen die Gewerkschaftsbürokratie. Werden die Betriebsräte zur Führung von Arbeiterkämpfen benützt, werden ihnen revolutionäre Aufgaben zugewiesen, dann ist es der Bürokratie schwer, ihre Spaltungs- und Zertrümmerungspraktiken in der Gewerkschaftsbewegung durchzuführen. Jeder Angriff der Bürokratie auf die Opposition stößt dann auf den Widerstand der breiten Arbeitermasse in den Werkstätten. Jeder Versuch der Bürokratie, die gewerkschaftliche Einheit zu sprengen, wird von dieser sofort pariert. Die Erhaltung der Einheit ist dann nicht mehr ein Fetisch, zwecks dessen Erhaltung sich die Opposition nicht ängstlich zu ducken braucht, sie wird das lebendige Gut, das die Masse verteidigt zum Zwecke des revolutionären Kampfes. Die Spaltung der Gewerkschaften kann unter solchen Umständen von

den Reformisten nur unter den für sie ungünstigsten Bedingungen durchgeführt werden.

Die Betriebsräte müssen eine revolutionäre Schutzgarde der Gewerkschaften werden. Daß das möglich ist, beweist ein Ausspruch des Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, der jüngst aus Anlaß der Betriebsrätebewegung sagte: „Wir müssen uns hüten, ganze Gruppen auszuschließen, wir würden damit nur bei den Massen in den Geruch der Gewerkschaftspalter kommen.“

Je mehr sich die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit zuspitzen, desto mehr wird die Arbeiterklasse auch zur Verteidigung ihrer Lebensexistenz Streiks führen. Die Gewerkschaftsbürokratie wird diese Streiks nicht unterstützen. Unter solchen Umständen kann auch die Beitragssperre der lokalen bzw. bezirklichen Organisationen an die Hauptvorstände zwecks finanzieller Unterstützungen der Streikbewegung ein Kampfmittel gegen die Bürokratie, ein Mittel zur Erhaltung der Gewerkschaften werden. Da aber dieses Mittel leicht einen desorganisatorischen Charakter annehmen kann, ist seine Anwendung nur als äußerstes Mittel zu gebrauchen. Die Anwendung der Beitragssperre als Allheilmittel oder auch nur als Pressionsmittel gegen jede Maßnahme der Reformisten gegen die Opposition ist unter allen Umständen zu verwerfen. Sie schlägt der Opposition tiefe Wunden, entfernt sie zur Freude der Amsterdamer schnell aus den Verbänden und isoliert sie von der Arbeitermasse.

Nach allen Erfahrungen hat sich die auf dem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale beschlossene Taktik der Eroberung der Gewerkschaften durch die Bildung oppositioneller Fraktionen voll bewährt. Wir tun gut daran, sie mit äußerster Energie fortzusetzen.

*In: Die Rote Gewerkschafts-Internationale, Dtsch. Ausg., Moskau 2 (1922) 12, S. 818-821*